

Staat hilft Hapag-Lloyd mit Milliarden-Bürgschaft

Berlin - Die angeschlagene Hamburger Reederei Hapag-Lloyd kann sich in der schwersten Branchenkrise mit Staatshilfe über Wasser halten. Das Unternehmen, an dem der Reisekonzern Tui maßgeblich beteiligt ist, soll eine Bürgschaft von 1,2 Milliarden Euro erhalten.

Der Lenkungsausschuss des staatlichen "Deutschlandfonds" gab dafür am Montag grundsätzlich grünes Licht. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in Berlin wird sich an diesem Mittwoch noch der zuständige Haushaltsausschuss des Bundestags damit befassen.

Beabsichtigt sei die Gewährung einer 90-prozentigen Bürgschaft aus dem "Wirtschaftsfonds Deutschland" gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg für Kredite in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Der staatliche Fonds für notleidende Unternehmen umfasst insgesamt 115 Milliarden Euro an Krediten und Bürgschaften.

Tui hält rund 43 Prozent an Hapag-Lloyd. Die Aktie des Reiseanbieters aus Hannover legte nach Bekanntwerden der Entscheidung teilweise um mehr als vier Prozent zu.

Die übrigen Hapag-Anteile besitzt das Konsortium "Albert Ballin", zu dem unter anderem die Stadt Hamburg, der Logistik-Unternehmer Klaus-Michael Kühne und die HSH Nordbank gehören. Hapag-Lloyd steht vor einem harten Sparkurs. In Deutschland sollen 120 der insgesamt 1100 Arbeitsplätze bis Ende 2010 gestrichen werden.

Nach Angaben der Bundesregierung sind bei Hapag-Lloyd neben der Kreditbürgschaft Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe in den nächsten drei Jahren vorgesehen. Auch würden Gesellschafter Hilfen in Höhe von knapp 1,9 Milliarden Euro zur Stabilisierung der Reederei beisteuern. Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist die weltweite Containerschifffahrt massiv eingebrochen. Hapag-Lloyd zählt weltweit zu den Top 5 der Linien-Reedereien.

Dokumenten Information
Copyright © Mindener Tageblatt 2009
Copyright © dpa - Deutsche Presseagentur 2009
Dokument erstellt am 28.09.2009 um 17:25:28 Uhr

Texte und Fotos aus MT-Online sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.



Leidet auch unter der eingebrochenen Containerschifffahrt: Die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd soll eine Bürgschaft von 1,2 Milliarden Euro bekommen. Foto dpa